

Feminisms Reloaded: Umkämpfte Terrains in Zeiten von Antifeminismus, Rassismus und Austerität

von *Michaela Müller, Ceren Türkmén*

Jahrestagung der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Justus-Liebig-Universität Gießen, 3.-5. Dezember 2015

Im Hinblick auf die sich in Deutschland und Europa derzeit entwickelnde geschlechtertheoretische und rassismusanalytische Austeritätsdebatte hat sich die Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in ihrer Jahrestagung der Frage angenommen, wie sich feministische Analysen und Positionen in Zeiten von Austerität und Migration organisieren lassen. Sowohl auf europäischer Ebene als auch in Bezug auf lokale Konfliktfelder kamen in den unterschiedlichen Panels und Diskussionen wiederholt bestimmte Themen zur Sprache:

Worauf gründen die Konjunkturen des jüngsten Rassismus- / Antifeminismus-Komplexes? Welche Widersprüche bestimmen dessen Erfolg? Wie sehen die themenübergreifenden Denk- und Argumentationsmuster im aktuellen Antifeminismus aus? Welche Bündnispartner des Antifeminismus beziehen in Politik, Medien und Wissenschaft Stellung gegen feministische Positionen, Theorien, Analysen und institutionelle Gleichstellungspolitik? Können wir schon von einem Kampf um Hegemonie und einer kohärenten Ideologie des Antifeminismus und Rassismus sprechen, oder handelt es sich noch um isolierte Versuche einzelner Akteure und Gruppen? Um zu einer differenzierteren Einschätzung zu kommen, hat das Organisationsteam der Jahrestagung explizit internationale Referent*innen und einen transnationalen Analyserahmen gewählt.

DIANA MULINARI (Lund) erläuterte zu Beginn des ersten Panels, wie rechtspopulistische Parteien mit den allgemein propagierten Gleichstellungsansätzen in Konflikt geraten. Ihre Beobachtungen zur Partei der

„Sweden Democrats“ seien auch auf andere europäische Länder übertragbar. Sie legte ihren Fokus auf Sprecherinnen, da derzeit verstärkt Frauen wichtige Positionen in rechtspopulistischen Parteien innehaben. Das war auf europäischer Ebene in den 1990er-Jahren noch nicht der Fall. Entsprechend würden antifeministische Sichtweisen inzwischen häufig ausgerechnet von Frauen nach außen kommuniziert. Dies stelle auf mehreren Ebenen eine problematische Verbindung dar: Zum einen übertragen sich rassistische Vorstellungen von Gleichstellung in lokalpolitische und europapolitische Gremien. Zum anderen ist dies nach Mulinari nur möglich, da entsprechende Sichtweisen von (migrantischen) Frauen aus rechtspopulistischen Parteien an die Gleichstellungspolitik gerichtet werden. Dadurch wird es überhaupt erst möglich, dass immer mehr rechts geprägte Vorstellungen von Gleichstellung in die aktuelle Politik einfließen. Mulinari zufolge distanzieren sich die entsprechenden Politikerinnen wiederum selbst von diskriminierenden Diskursen.[1] Es stellt sich anhand dieser Entwicklungen die Frage, welche Form feministischen Denkens Überschneidungen mit Antimigrationsdiskursen aufweist. Eine Gemeinsamkeit scheint in der Neigung zum Antislawismus zu liegen, über die in der Diskussion eingehender gesprochen wurde.

ANNA CARASTATHIS (Lissabon) warf einen diskursanalytisch interessierten Blick auf die Finanz- und Flüchtlingskrise in Griechenland, um zu klären, wie, warum und wann genau welche Krise zu „unserer“ bzw. zur Krise „Anderer“ wird. Anhand des Migrationsmanagements in Griechenland stellte sie dar, welche Diskurse sich bezüglich einer Bedrohung der Souveränität des Landes verbreiten, die wiederum nationalistischen Parteien als Argumentationsgrundlage dienen. So kann sich laut Carasthatis eine über Affekte ausgetragene Auseinandersetzung mit Austeritätspolitik etablieren, deren Hegemonie sich aus der Angst vor einem „Failed State“ in Griechenland sowie vor dem Verlust der nationalen Souveränität und Identität speist. Da zusätzlich normativ-moralische Kategorien wie „Schuld“ und „Schuldige“ in den bestehenden Krisendiskursen der politischen Parteien wie auch der Medien zirkulieren, etablieren sich rassistische und antifeministische Gedanken innerhalb der Bevölkerung, die durch kollektivierende Zuschreibungen und Betroffenheitsgefühle bestärkt werden.

UMUT EREL (Milton Keynes) vertiefte diese Thematik ausgehend von den Ergebnissen ihres Forschungsprojekts in Großbritannien. Sie konnte nachweisen, dass Multikulturalismus und Feminismus als Gefahr für weiße hegemoniale Männlichkeiten wie auch die gesellschaftliche Ordnung insgesamt wahrgenommen und beschrieben werden. Antifeministische Aktivist_innen oder Intellektuelle inszenieren sich ihr zufolge als Retter oder Beschützer der Nation, wobei sie für den Erhalt und die Reproduktion von „normierten“ Familien(werten) argumentieren. Die „Sorge“ um die Nation sei diskursiv gekoppelt an eine kollektive Angst um die Nation und Familie, deren zentrale Reproduktionsmerkmale Erziehungs- und Care-Arbeit seien. Ihre Analysen bettet Erel in die Theorien von Pierre Bourdieu, Jean-Claude Passeron und Etienne Balibar ein, die in unterschiedlichen Arbeiten eine theoretische Analyse der Beziehung zwischen

sozialem Kapital und kultureller Reproduktion als Auseinandersetzungen im Feld der Nation entwickelt haben.

SUVI KESKINEN (Turku) bestätigte mit ihrem Vortrag Erels These, der Multikulturalismus werde als besondere Gefahr angesehen. Obwohl die breite Öffentlichkeit rechtspopulistischen Parteien oft ablehnend gegenüberstehe, würden sich Parteien selbst eher zurückhaltend äußern, um Gespräche zur Regierungsbildung nicht zu gefährden. Keskinen zeigt in ihrem Vortrag sowohl den öffentlichen-medialen sowie den zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen eine Normalisierung des Rassismus auf als auch die unsichtbaren Manifestierungsmechanismen in Normalisierungsprozessen von Rassismus. Sie verdeutlichte damit, dass oft politische Partizipationsbedürfnisse einerseits und systemkritische Forderungen nach mehr Demokratie andererseits im Widerstreit stehen.

ANDREA PETÖ (Budapest) führte am Beispiel der Gleichstellungspolitik aus, dass gängige Maßnahmen politisch nicht (mehr) ausreichen. Vielmehr seien neue Strategien erforderlich, damit sich kürzlich entstandene antifeministische und rassistische Programme nicht längerfristig durchsetzen. Die Bedrängnis scheint noch akuter zu sein, da antifeministische Politiken feministische sowie antiessenzialistische Konzepte und Analyse verstanden haben und kolportieren. Petö stellte weitergehende Überlegungen dazu an, wie das Projekt feministischer Wissenschaft an den Institutionen nach fünfzig Jahren neu fortgeführt werden kann. Aus ihrer Analyse der aktuellen Krise feministischer Politiken folgte sie, es sei notwendig, eine neue Sprache einzufordern und selbstkritisch nach immanenten Problemen des Feminismus zu suchen. Nur deren Überwindung könne zu neuen emanzipativen und demokratischen Allianzen und Resonanzen führen. Welche „affektiven Politiken“ und „Politiken von Hoffnung“ könnten und sollten neue Projekte des Feminismus erarbeiten, auch wenn Erstere möglicherweise das gewonnene Terrain des Feminismus selber aufs Spiel setzen?

CARMEN ROMERO BACHILLER (Madrid) geht davon aus, dass die Zunahme sozialer Ungleichheiten und Vertreibungen dem Feminismus schadet, indem wirtschaftliche Probleme andere gesellschaftliche Konflikte aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verdrängen. Ihre These veranschaulichte sie an aktuellen politischen Veränderungen im Zusammenhang der in Spanien herrschenden Krisensituation. Öffentliche Gelder würden z. B. kaum noch in Geschlechtergerechtigkeit, in antirassistische oder generell gegen intersektionale Diskriminierung gerichtete Politik gesteckt. Die so geminderte Sichtbarkeit der Genderproblematik werde durch neue progressive Parteien zusätzlich beeinträchtigt, da Letztere geschlechterbezogene Politik vermeiden würden. Stattdessen sollen Menschen durch individualisierten Liberalismus angesprochen werden.

Welche Rolle der Staat in solchen Diskursen spielen kann und welche Ausprägung die zuvor dargestellten Argumentationen für traditionelle Familienwerte und den

Schutz der Öffentlichkeit haben können, legte ELENA ZDRAVOMYSLOVA (St. Petersburg) im letzten Panel kritisch aus staatstheoretischer Perspektive dar. Konkret zeigte sie, mit welchen Maßnahmen der konservative Staat, sowohl mittels herrschender Parteien als auch unterstützt durch nationalistische Organisationen, die angebliche „moralische Krise“ der russischen Gesellschaft zu verhindern sucht. Insbesondere würden politische Gegner*innen durch gesetzliche Regelungen diffamiert und bestraft.

MARIAM POPAL (Bayreuth) rekonstruierte in einer postkolonial-philosophisch-kritischen Abhandlung die Herstellung von „Kommunalität“, indem sie sich kritisch mit Wendy Browns Position zu „Affekten“, deren „Politisierbarkeit“ und deren Wert für feministische Philosophien auseinandersetzte. Ihr Forschungsinteresse gilt zum einen dem Phänomen, dass über mediale und digitale Kanäle zunehmend gewalttätige Hassreden verbreitet werden, die Argumente anti-feministischer, anti-queerer und maskulinistischer Bewegungen reproduzieren. Zugleich sei aber eine Diversity-„Alibipolitik“ entstanden, gegen die zurückhaltend argumentiert werde bzw., so Petös Einwand, gegen die keine neuen Argumente genutzt würden, sondern auf bereits bekannte zurückgegriffen werde. Zum anderen setzte sich Popal mit dem Diskurs zum 11. September 2001 auseinander, wobei ihr das Konzept des kolonialen Neorassismus als Analysegrundlage diene. In der Debatte um 9/11 und die Afghanistankriege zeichnete sie verschiedene Spielarten dieser Haltung nach, die sie in die Kategorien rassistisch, antimuslimisch, neoorientalistisch, kolonial und neomaterialistisch einordnete und allgemein als dehumanisierend kritisierte.

Obschon die Ambivalenzen des Antifeminismus wie auch des Rassismus im aktuellen Migrationsregime auf gleichstellungs- wie gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf hinweisen, ist es auf der anderen Seite längst nicht so einfach, politische Übersetzungsprozesse der vorgetragenen Befunde einzufordern, Handlungsvorgaben, Imaginationen und Utopien zu entwerfen. Gleichwohl stellt sich die Frage nach der Zukunft der Geschlechterforschung, die im Open Space sowohl generationenübergreifend als auch zwischen akademischen und nicht-akademischen Teilnehmer*innen diskutiert wurde. Kontrovers, kritisch und leidenschaftlich wurde eine geschlechtertheoretische Kritik an Austeritätspolitiken formuliert, um analytische wie auch politische Differenzen, Generationenkonflikte und Machtverhältnisse im Projekt „Feminismen“ und Antirassismen / Dekolonialität transparent zu machen.

Im finalen Plenum kamen NOA HA (Berlin) und NADIA SHEHADEH, die als Beobachter*innen zur gesamten Tagung Stellung nahmen, auf diese Fragen zurück. In ihren kritischen Nachfragen an Paneldiskutant*innen sowie Organisator*innen wiederholten sich erfreulicherweise Themen, die sowohl aus feministischer als auch antirassistischer Perspektive für eine kohärente Analyse der Situation in der Austeritätsgesellschaft von Bedeutung sind. Wann sind Grenzen der feministischen und geschlechteranalytischen Analyse erreicht, wann berühren sie andere Themen? Und weshalb reichen klassische Kategorien nicht mehr aus, um den aktuellen

Rechtspopulismus wie auch neue Projekte einer sozialen, multiplen, sorgenden, globalen Gesellschaft zu denken? Gemeinsam mit dem Plenum kamen die Kommentator*innen von der Betrachtung mehrerer nationaler lokaler Kräfteverhältnisse zu dem Schluss, dass eine Situationsanalyse Deutschlands als Krisengewinnerland und derzeitiges Hauptziel der Migration unumgänglich sei. Im Programm fehlte ein vertiefender Beitrag zur Situation in Deutschland, weshalb es umso erfreulicher und dringlicher war, wenigstens eine Diskussion zu den antifeministischen und rassistischen Bearbeitungsprozessen von Krise und Migration in Deutschland zu führen. Es wird zukunftsweisend für die weitere Demokratisierung der EU sein, sich lokal wie auch transnational mit den hiesigen rechtspopulistischen Entwicklungen sowie den sozialen, feministischen und antirassistischen Kämpfen dagegen auseinanderzusetzen.

Konferenzübersicht:

Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Gießen) / Tomke König (Bielefeld), Eröffnung

Panel 1: Intersections of Anti-Feminism, Racism and Austerity

Diana Mulinari (Lund), Anti-feminist agenda? Exploring right wing xenophobic parties

Anna Carastathis (Lissabon), Whose Crisis? Which Crisis? Border Thinking about Debt, Austerity, Migration and Racism

Keynote

Umut Erel (Milton Keynes), Saving and Reproducing the Nation: Education and families as sites of Contestation

Panel 2: Contested Terrains in Science and Politics

Suvi Keskinen (Turku), 'War against Multiculturalism', White Border Guard Masculinities and Anti-racist Responses

Andrea Petö (Budapest), Anti-gender movements in Europe: possible interpretation frameworks

Carmen Romero Bachiller (Madrid), Who is afraid of Feminism? Craving the way for a feminist queer-antiracist agenda in the new political arena in Spain

Panel 3: Feminisms Reloaded: Perspectives and Interventions

Elena Zdravomyslova (St. Petersburg), Conservative Mobilization in Contemporary Russia: National Ideas/Ideologies, Gender Naturalism and Antifeminism

Mariam Popal (Bayreuth), The (Con-) Textual Aesthetics of Philosophical Imagining in Feminist Postcoloniality

Final Plenary

Comments by Noa Ha (Berlin) and Nadia Shehadeh

Fußnoten

[1] Vgl. Diana Mulinari / Anders Neergard, Kvinnor, genus och sverigedemokrater, in: Sverigedemokraternas svarta bok, Göteborg 2014.